

hatten. Sechs Verantwortliche wurden im April 2013 zu Haftstrafen verurteilt. Südkorea gehört zu den Ländern, die auch nach Fukushima am Ausbau der Kernenergienutzung festhalten. Das Land will bis 2030 16 weitere AKW errichten. S.P. ●

Atomwirtschaft

Warnung vor MOX-Brennelementen

E.On-Experte warnt vor Sicherheitsrisiken

Der schleswig-holsteinische Atomminister Robert Habeck soll den gefährlichen Plutonium-Einsatz im Atomkraftwerk Brokdorf stoppen, fordert die deutsche Sektion der Internationalen Ärztevereinigung zur Verhütung des Atomkrieges (IPPNW) in einer Mitteilung vom 22. Mai 2013. Hintergrund ist die Kritik des MOX-Spezialisten Wolfgang Faber, der bei der E.On Kernkraft GmbH als Leiter für den Einsatz von Brennelementen verantwortlich ist. Das eindeutige Votum des Brennelemente-Spezialisten wird allerdings vom Vorstandsvorsitzenden der E.On AG, Johannes Teysen, ignoriert. Auf der E.On-Hauptversammlung am 3. Mai 2013 in Essen sagte Teysen der früheren IPPNW-Vorsitzenden Angelika Claußen auf Nachfrage wörtlich: „Die Meinung von Herrn Faber ist eine Einzelmeinung. Das ist nicht die Unternehmensmeinung. Wir sehen keine Gefahrenerhöhung durch MOX-Brennelemente.“

Faber hatte am 14. September 2011 auf einem Treffen des US Nuclear Waste Technical Review Board aus finanziellen Gründen, wegen der Dosisbelastung für das Personal und aufgrund erheblicher Schwierigkeiten und Risiken beim Einsatz sowie bei der Entsorgung von der Verwendung

von MOX-Brennelementen abgeraten. Faber weist darauf hin, dass die Wärmeleitfähigkeit geringer und die Kernbrennstofftemperatur, die Reaktivität sowie der Spaltgasdruck höher sind als bei herkömmlichen Uranbrennelementen. Bei einem Leck-Störfall ist laut Faber mit einer stärkeren Beschädigung von Brennstäben zu rechnen.

Es gibt mehrere beunruhigende Befunde, so IPPNW-Atomexperte Henrik Paulitz. In zahlreichen deutschen und europäischen Atomkraftwerken werde ein Ansteigen des Neutronenflussrauschens beobachtet, ohne dass die Ursache dafür wirklich klar wäre. Fest stehe aber offenbar, dass der MOX-Einsatz dabei eine Rolle spielt. In einem Fall führte das sogar schon zu einer Reaktorschnellabschaltung. Neu ist den Atomtechnikern offenbar auch, daß MOX-Brennelemente bei Leck-Störfällen innenseitig oxidieren können, so dass ein Zerbröseln der Hüllrohre droht und die Kühlung somit beeinträchtigt werden könnte. Nicht bedacht hatte man ferner, dass bei einem Aufblähen der MOX-Brennstäbe durch den höheren Spaltgasdruck der Kernbrennstoff absacken und auch deswegen die kühlfähige Geometrie im Kern beeinträchtigt werden kann.

In einem Gutachten für die Eidgenössische Kommission der Schweiz für die Sicherheit von Kernanlagen vom 27.9.2006 schreibt zudem der Spezialist Hans-Urs Zwicky zu den Gefahren bei einem Reaktivitätsstörfall (RIA): „Dabei wurde berücksichtigt, dass MOX-Brennstoff inhomogen ist und in den plutoniumreichen Agglomeraten lokal ein sehr hoher Abbrand mit einer entsprechend porösen Mikrostruktur erreicht werden kann. Übersteigt der Spaltgasdruck in den Poren des Brennstoffs einen kritischen Wert, so wird die Brennstoffstruktur instabil und die freigesetzten Spaltgase tragen wesentlich zur

Hüllrohrbelastung während des RIA bei.“ Ferner betont Zwicky: „Erste Erfahrungen bei der Kernausslegung für die Betriebszyklen bei der Kernausslegung für die Betriebszyklen 2005/06 zeigen, dass die Kriterien für Uranbrennstoff auch bei hohem Abbrand ohne Einschränkungen erfüllbar sind. Dagegen können die relativ tiefen Werte für Hochabbrand-MOX zu einem gewissen Flexibilitätsverlust bei der Kernausslegung führen.“ ●

Berufliche Strahlenbelastung

Strahlenbelastungen im Uranbergbau der DDR

Ausschreibung des Bundesamtes für Strahlenschutz zu den Fehlern der Job-Exposure-Matrix des Wismut-Uranbergbaus in der DDR

Ein Forschungsprojekt zur Ermittlung der Unsicherheiten der Strahlungsexpositionsschätzung in der Wismut Kohorte hat das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) jetzt öffentlich ausgeschrieben. Das BfS führt mit der deutschen Uranbergarbeiter Kohorte (Wismut Kohorte) die weltweit größte epidemiologische Kohortenstudie an circa 60.000 Uranbergarbeitern durch. Ziel ist die Abschätzung der Gesundheitsrisiken durch ionisierende Strahlung und der Strahlenschutz der Bevölkerung, schreibt das BfS.

Grundlage der Expositionsabschätzung bildet eine sogenannte Job-Exposure-Matrix (JEM), mit der die Radon-Folgeprodukt-, langlebige Radionuklid- und Gamma-Exposition jedes Kohortenmitglieds im Zeitraum 1946–1989 ermittelt werden soll. Die JEM wurde von der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung

(DGUV) erstellt. Die DGUV ist der Spitzenverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften und der Unfallkassen.

Eine individuelle personenbezogene Dosimetrie hatte es für die Bergarbeiter der früheren Sowjetisch-Deutschen Aktiengesellschaft (SDAG) Wismut in Sachsen und Thüringen nicht gegeben. Die Schätzungen der JEM beruhen überwiegend lediglich auf Experten-schätzung oder auf einzelnen punktuellen Meßwerten in den Bergbauobjekten oder Schächten. Ziel des Projekts ist es nun, mögliche Fehlerquellen in der Expositionsabschätzung zu identifizieren, die resultierenden Unsicherheiten in den Expositionen zu quantifizieren und die zugehörigen Auswirkungen auf das radonbedingte Lungenkrebsrisiko abzuschätzen, heißt es in der Ausschreibung des BfS.

Die JEM wurde wegen ihrer außergewöhnlich großen Fehlerhaftigkeit vielfach angegriffen und ist Gegenstand in zahlreichen gerichtlichen Auseinandersetzungen bei der Anerkennung von Berufskrankheiten.

Vergleiche zuletzt: Gerd Georg Eigenwillig: Strahlenexpositionen für Beschäftigte in den Objekten 02, 03 und 09 des Uranbergbaus der WISMUT, Strahlentelex 632-633 vom 2. Mai 2013, S. 6-12. www.strahlentelex.de/Stx_13_632-633_S06-12.pdf

Aktenzeichen / FKZ: BfS AG-F 3 – 08313 / 3613S10023. Die Angebotsfrist läuft am 08.07.2013 15 Uhr ab.

<http://www.bfs.de/de/bfs/ausschreibungen/forsch/3613S10023.html> ●

Katastrophenschutz

Verbummelter Katastrophenschutz

Anlässlich der Innenministerkonferenz in der zweiten Maihälfte 2013 in Hannover kriti-

sierte die atomkritische Ärzteorganisation IPPNW die Verzögerung der dringend notwendigen Verbesserung der „Rahmenempfehlungen für den Katastrophenschutz“ seitens der dafür verantwortlichen Innenminister der Länder. Unter anderem verweist sie auf nicht erforderliche langwierige neue Wahrscheinlichkeitsberechnungen für den Eintritt eines Atomunfalls. Eine Arbeitsgruppe „Fukushima“ der Länder brachte rund zwei Jahre damit zu, den „derzeitigen Ist-Stand der Katastrophenschutzplanungen“ zu erheben. Aus mehreren Antworten von Innenministern auf Anfragen der IPPNW geht zudem hervor, dass die Länder über das Bisherige hinaus fast keine Maßnahmen für einen verbesserten Katastrophenschutz ergreifen wollen, bis die neuen Rahmenempfehlungen in mehreren Jahren verabschiedet sein werden.

Statt politisch zu handeln und das offenkundig Notwendige zur Verbesserung des Katastrophenschutzes zu tun, wurde ausgerechnet die Strahlenschutzkommission (SSK) des Bundes mit der Erarbeitung neuer „wissenschaftlicher Erkenntnisse“ beauftragt, die dafür großzügig ein „mehrjähriges Arbeitsprogramm aufgestellt“ hat. „Mit Blick darauf empfiehlt es sich, die fachlich fundierten Ergebnisse der Arbeitsgruppe der SSK abzuwarten“, ließ etwa der Innenminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern Lorenz Caffier der IPPNW mitteilen. Unter Verweis auf eine „Sonderprüfung der Reaktorsicherheitskommission“ (RSK) des Bundes sehen die Länder keinen akuten Handlungsbedarf.

Unbefriedigend bleiben insbesondere die Vorbereitungen für die Evakuierung der Bevölkerung. Auf Basis einer erwarteten Empfehlung der SSK wird erwogen, lediglich, „eine Evakuierungsplanung auf der Basis eines 20 km-Radius fortzusetzen“.

Atompolitik

Hennenhöfer ist neuer oberster europäischer Atomaufseher

Der Leiter der Abteilung Sicherheit kerntechnischer Einrichtungen und Strahlenschutz im Bundesumweltministerium, Gerald Hennenhöfer, ist neuer Vorsitzender der Gruppe der Leiter der europäischen Atomaufsichtsbehörden. In dieser Funktion wird Hennenhöfer die zweite europäische Konferenz zur nuklearen Sicherheit leiten, die am 11. und 12. Juni 2013 in Brüssel stattfindet. Das teilte das Bundesumweltministerium mit.

Die Leiter der EU-Atomaufsichtsbehörden und die EU-Kommission sind in der „European Nuclear Safety Regulators Group“ (ENSREG) zusammengeschlossen. Aufgabe der ENSREG soll es sein, ein gemeinsames Verständnis für die nukleare Sicherheit und die Entsorgung der radioaktiven Abfälle zu etablieren.

Gerald Hennenhöfer verkörpert wie kaum ein anderer in Deutschland das Drehtür-Prinzip des Lobbyismus. In seiner Person verschmelzen Atomindustrie und Umweltministerium. Hennenhöfer ist seit Ende 2009 erneut Leiter der Abteilung Reaktorsicherheit im Bundesumweltministerium, ein Posten den er bereits in den 1990er Jahren inne hatte.

Gerald Hennenhöfers Wechsel vom Atomaufseher zum Atomlobbyisten (1998), dann zum Atomberater (2004) und schließlich erneut zum Atomaufseher (2009) führten zu Kommentaren wie: „Einen Atom-Lobbyisten, der skrupellos und bewusst alle Risiken ausblendet, an die Spitze der Atomaufsicht zu setzen, ist eine Unverschämtheit.“ Es dürfe nicht sein, daß sich die Atomindustrie quasi selbst kontrolliere.

Strahlentelex mit ElektrosmogReport

✂ ABONNEMENTSBESTELLUNG

An Strahlentelex mit ElektrosmogReport
Th. Dersee, Waldstr. 49, D-15566 Schöneiche b. Berlin

Name, Adresse:

Bitte teilen Sie Adressenänderungen künftig rechtzeitig selbst mit, und verlassen Sie sich bitte nicht auf die Übermittlung durch die Post. Vielen Dank.

Ich möchte zur Begrüßung kostenlos folgendes Buch aus dem Angebot (siehe unter www.strahlentelex.de/Abonnement.htm):

Ich/Wir bestelle/n zum fortlaufenden Bezug ein Jahresabonnement des **Strahlentelex mit ElektrosmogReport** ab der Ausgabe Nr. _____ zum Preis von EURO 78,00 für 12 Ausgaben jährlich frei Haus. Ich/Wir bezahlen nach Erhalt der ersten Lieferung und der Rechnung. Dann wird das **Strahlentelex mit ElektrosmogReport** weiter zugestellt. Im Falle einer Adressenänderung darf die Deutsche Bundespost - Postdienst meine/unsere neue Anschrift an den Verlag weiterleiten.
Ort/Datum, Unterschrift:

Vertrauensgarantie: Ich/Wir habe/n davon Kenntnis genommen, daß ich/wir das Abonnement jederzeit und ohne Einhaltung irgendwelcher Fristen kündigen kann/können.

Ort/Datum, Unterschrift:

Strahlentelex mit ElektrosmogReport • Informationsdienst •
Th. Dersee, Waldstr. 49, D-15566 Schöneiche b. Berlin, ☎ 030 / 435 28 40, Fax 030 / 64 32 91 67. eMail: Strahlentelex@t-online.de, <http://www.strahlentelex.de>

Herausgeber und Verlag: Thomas Dersee, Strahlentelex.

Redaktion Strahlentelex: Thomas Dersee, Dipl.-Ing. (verantw.), Dr. Sebastian Pflugbeil, Dipl.-Phys.

Redaktion ElektrosmogReport: Isabel Wilke, Dipl.-Biol. (verantw.), c/o Katalyse e.V. Abt. Elektrosmog, Volksgartenstr. 34, D-50677 Köln, ☎ 0221/94 40 48-0, Fax 0221/94 40 48-9, eMail: i.wilke@katalyse.de, <http://www.elektrosmogreport.de>

Wissenschaftlicher Beirat: Dr.med. Helmut Becker, Berlin, Dr. Thomas Bigalke, Berlin, Dr. Ute Boikat, Bremen, Prof. Dr.med. Karl Bonhoeffer, Dachau, Prof. Dr. Friedhelm Diel, Fulda, Prof. Dr.med. Rainer Frentzel-Beyme, Bremen, Dr.med. Joachim Großhennig, Berlin, Dr.med. Ellis Huber, Berlin, Dipl.-Ing. Bernd Lehmann, Berlin, Dr.med. Klaus Lischka, Berlin, Prof. Dr. E. Randolph Lochmann †, Dipl.-Ing. Heiner Matthies †, Dr. Werner Neumann, Altenstadt, Dr. Peter Plieninger, Berlin, Dr. Ernst Rößler, Berlin, Prof. Dr. Jens Scheer †, Prof. Dr.med. Roland Scholz †, Priv.-Doz. Dr. Hilde Schramm, Berlin, Jannes Kazuomi Tashiro, Kiel.

Erscheinungsweise: Jeden ersten Donnerstag im Monat.

Bezug: Im Jahresabonnement EURO 78,- für 12 Ausgaben frei Haus. Einzelexemplare EURO 7,80, Probeexemplar kostenlos.

Druck: Bloch & Co. GmbH, Prinzessinnenstraße 26, 10969 Berlin.

Vertrieb: Datenkontor, Ewald Feige, Körtestraße 10, 10967 Berlin.

Die im Strahlentelex gewählten Produktbezeichnungen sagen nichts über die Schutzrechte der Warenzeichen aus.

© Copyright 2013 bei Thomas Dersee, Strahlentelex. Alle Rechte vorbehalten. ISSN 0931-4288